

Kommunalwahlprogramm 2008 DIE LINKE. Lausitz im Spree-Neiße-Kreis

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Sie entscheiden am 28. September 2008, wer für die kommenden gut fünf Jahre in den Städten und Gemeinden und im Landkreis Spree-Neiße in die Kommunalparlamente einzieht und die Geschicke der Gemeinwesen in die Hand nehmen soll.

Für uns ist bürgerschaftliches Engagement ein hohes Gut, das es in einem demokratischen Gemeinwesen zu stärken und zu schützen gilt.

Wir, die Kandidatinnen und Kandidaten der LINKEN im Spree-Neiße-Kreis, stellen uns dem Anspruch, dass Perspektiven für die Menschen wie für die Wirtschaft und das gesellschaftliche Leben eröffnet – und nicht nur Mangel verwaltet, Leistungen gekürzt, Zuwendungen gestrichen, Stellen reduziert werden.

Wir wollen nicht mit fertigen Programmen und Rezepten, sondern mit Ideen, Gedankenrichtungen und Prüfsteinen unsere zukünftige Arbeit im Kreis beschreiben.

Wir sind bereit, für unsere Ziele mit anderen demokratischen Kräften zusammenzuarbeiten, um dafür Mehrheiten zu gewinnen.

Unsere Schwerpunkte sind:

Die Region muss leben - Abwanderung stoppen

Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit führt zur Abwanderung besonders von jungen und gut qualifizierten Menschen. Die deutlichen Lohnunterschiede zwischen Ost und West verstärken das Problem. Kann man dem aus kommunaler Sicht etwas entgegen setzen? Wir meinen, dass es Chancen gibt, den Trend zu bremsen.

Das heißt für uns,

- eine gemeinsame, abgestimmte Wirtschaftsförderung und Ansiedlungspolitik im Landkreis zu entwickeln und dafür auch unter Einbeziehung der Stadt Cottbus investorenfreundliche Strukturen aufzubauen;
- regionale Wertschöpfungsketten in Verbindung mit dem Wissenschaftspotenzial der BTU Cottbus und der FH Lausitz weiter zu entwickeln und zu stärken. Was hier entwickelt und produziert wird, soll auch hier vermarktet werden. Gute Arbeit für gutes Geld in leistungsfähigen Unternehmen muss ein Standortfaktor werden;
- dass die kreiseigene Centrum für Innovation und Technologie (CIT) GmbH und die anderen kommunalen Wirtschaftsfördergesellschaften eine qualifizierte Bestandspflege und Ansiedlungspolitik betreiben. Dabei sollen die Energie- und Bauwirtschaft, die Chemie-, Papier- und Glasindustrie sowie der Tourismus als Impulsgeber für die wirtschaftliche Entwicklung im Landkreis gestärkt werden;

■ mit Hilfe der Sparkasse Spree-Neiße die Vergabe von Kleinstkrediten für innovative Existenzgründer zu ermöglichen;

■ die Unternehmen der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft sind ein wichtiges Element der wirtschaftlichen Entwicklung in der Region. Sie sollen ihren Aufgaben vorrangig in der Nahrungsgüterproduktion gerecht werden können. Konflikte zwischen Nahrungsgüter- und Rohstoffproduktion müssen unter dem Aspekt nachhaltigen Wirtschaftens gelöst werden;

■ zusammen mit IHK und Handwerkskammer Wege zur Qualifizierung des Angebotes an Ausbildungsplätzen, besonders auch für Mädchen, zu erschließen und dabei Ausbildungsverbände kleiner und mittlerer Unternehmen sowie die Vernetzung zwischen Schule und Wirtschaft zu fördern, um dem Fachkräftemangel und dem weiteren Weggang von Jugendlichen zu begegnen;

■ die kommunale Beschäftigungspolitik konsequent darauf auszurichten, reguläre Beschäftigungsverhältnisse zu anerkannten tariflichen Standards zu schaffen. Dies muss auch für alle kommunalen Konzepte für einen öffentlichen Beschäftigungssektor gelten. Auch gemeinnützige Arbeit verdient einen Mindestlohn!

■ Investitionsentscheidungen und Auftragsvergaben der öffentlichen Hand sind an Tariftreue- und Mindestlohnkriterien zu knüpfen, um Dumpingangebote zu verhindern. Zur Stärkung dieses Ziels fordern wir ein entsprechendes Vergabegesetz des Landes.

Lebensqualität gestalten – für soziale und kulturelle Vielfalt

Die „Reformen“ der Bundesregierung auf den Gebieten Gesundheit, Pflege, Arbeit und Rente tragen nicht nachhaltig zu einer Verbesserung der Lebenssituation bei. Dem kann Kommunalpolitik nicht allein entgegenwirken. Aber es gibt Spielräume, die es zu nutzen gilt.

Das heißt für uns,

■ dass der Landkreis eine Sozialraumanalyse erarbeitet und kontinuierlich fortschreibt, aus der Schlussfolgerungen für die Sozialplanung zu ziehen sind. Ziel muss es sein, die wohnortnahen Angebote der sozialen Dienste für alle Generationen und Geschlechter, besonders für Kinder und Jugendliche, zu erhalten;

■ der teilweise schon bestehenden Unterversorgung von ambulanten haus- und fachärztlichen Leistungen kann kommunal nur sehr schwer begegnet werden. Eine Möglichkeit sehen wir im Modellversuch „Gemein-

deschwester“ neben Hauskrankenpflege und Sozialstationen;

■ die Krankenhäuser der Grundversorgung in Guben, Forst und Spremberg müssen erhalten werden und bei Unterversorgung ambulante Aufgaben im Rahmen medizinischer Versorgungszentren übernehmen. Die Standards des öffentlichen Gesundheitsdienstes dürfen nicht weiter abgebaut werden. Eine regelmäßige Gesundheitsberichterstattung des Landkreises ist durchzusetzen;

■ die kulturellen Einrichtungen des Landkreises wie Musik- und Kunstschule, Niederlausitzer Heidemuseum, Bibliothek, Kreisvolkshochschule und Medienzentrum trotz enger Haushaltsspielräume zu erhalten und ihren Zugang für jedermann durch sozialverträgliche Gebühren zu ermöglichen. Eigeninitiative im Rahmen von Vereinsarbeit auf den Gebieten Jugend, Sport und Kultur muss durch kreisliche und gemeindliche Förderung Unterstützung finden;

■ die Unterstützung der Initiativen zur Wiederbelebung und zum Erhalt der niedersorbischen Sprache und Kultur durch die Gemeinden und den Kreis sowie der Erhalt des Niedersorbischen Gymnasiums in Cottbus als der einzigen weiterführenden Bildungseinrichtung mit sorbischem (wendischem) Sprachprofil in Brandenburg. Dazu sind der Erhalt und eine angemessene Finanzierung der Stiftung für das sorbische Volk durch den Bund und die Länder Sachsen und Brandenburg unverzichtbare Voraussetzung und Verfassungspflicht.

Kinder und Jugendliche als Zukunftschance begreifen

Bildung bleibt für DIE LINKE ein Schwerpunkt regionaler Zukunftssicherung. Schließungen von Schulstandorten oder Kindereinrichtungen bedeuten immer auch Abstriche an der Chancengleichheit.

Das heißt für uns,

■ Bildung und Erziehung müssen einen höheren Stellenwert erhalten. Wir wollen Angebote in der Kinder- und Jugendarbeit, die niemanden auf Grund seiner materiellen Verhältnisse, sozialen Herkunft oder seiner Beeinträchtigungen ausschließen;

■ eine elternbeitragsfreie Schülerbeförderung dauerhaft zu gewährleisten. Der öffentliche Personennahverkehr ist für unsere Kinder die sicherste Beförderungsart;

■ für die Bereitstellung eines „Starterpaketes“ für alle Schulanfänger und für die schrittweise Einführung kostenfreier Schülerspeisung einzutreten;

■ eine mit Cottbus abgestimmte Schulentwicklungs- politik, die die Versorgung der ländlichen Gebiete im Kreis nicht gefährdet sowie die Ganztagsangebote an den Schulen zu erhalten und auszubauen;

■ die Gewährleistung der finanziellen Ausstattung für eine qualifizierte Sozialarbeit an allen Schulen, in Jugend- einrichtungen und im öffentlichen Raum einzufordern;

■ dass die Investitionstätigkeit des Landkreises neben der baulichen Sanierung von Schulen und Kitas auch auf die Ausstattung mit modernen Lehr- und Lernmitteln ausgerichtet bleibt;

■ dass das Angebot von Kindertagesstätten als Fami- lien ergänzende Einrichtungen mit hohen pädagogischen Standards zur Vorbereitung auf die Schule gesichert wird.

Umweltfreundliche Kommunen und ökologische Landentwicklung

Als ländlich geprägtes Gebiet mit der Besonderheit des aktiven Braunkohlenbergbaues auf seinem Territorium bietet der Spree-Neiße-Kreis vielfältige Ansatzpunkte für die Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung im Sinne der Regionalen Agenda Lausitz-Spreewald.

Das heißt für uns,

■ Initiativen im Rahmen der Lokalen Agenda 21 in den Gemeinden und im Landkreis zu unterstützen, beson- ders Ansätze einer ökologischen Ortsentwicklung, die von Wohnumfeldgestaltung über Verkehrsberuhigung bis zu Projekten der Energieeinsparung und Nutzung erneuerbarer Energien reichen. Wir fordern insbesonde- re die Erarbeitung kommunaler Energiekonzepte, durch die Energieeinsparung beim Bewirtschaften von öffent- lichen Gebäuden des Landkreises sowie der Städte und Gemeinden erreicht wird;

■ darauf Einfluss zu nehmen, dass das Angebot des ÖPNV bei allen Wirtschaftlichkeitskriterien die Erreich- barkeit aller Orte im Kreisgebiet zu bezahlbaren Preisen sichert;

■ eine nachhaltige Bewirtschaftung der land- und forst- wirtschaftlichen Flächen im Auge zu behalten. Rohstoff- und Energieproduktion sind aus unserer Sicht nach der Nahrungsgüterproduktion zukunftsfähige Standbeine für die Landwirtschaft. Der großflächige Anbau von Biomasse führt aber zu Monokultur und damit zur Verschlech- terung der Bodenqualität.

Den Anbau genmanipulierter Pflanzen in der Landwirt- schaft lehnen wir strikt ab;

■ der Wiederherstellung eines ausgewogenen Wasser- haushaltes in der Region besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Die Folgen des Bergbaues auf den Wasser- haushalt und die Wasserqualität sind im Rahmen der Bergbausanierung zu überwinden. Die Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie ist kritisch zu begleiten, um so existenzielle Voraussetzungen für die künftige Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft, den Tou- rismus und eine gesunde Umwelt für Bürgerinnen und Bürger zu sichern. Wir wollen eine saubere Spree!

■ die Zukunft der Braunkohleverstromung als ein Wirtschaftsfaktor in der Region ist in die nationalen und internationalen Verpflichtungen zur Bekämpfung des Kli- mawandels einzuordnen. Ob diese Verpflichtungen den Aufschluss neuer Tagebaue rechtfertigen oder nicht, wird in der Region und auch unter den LINKEN kontro- vers diskutiert. Für uns heißt das, alle ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Aspekte einer sorgfälti- gen und kritischen Prüfung zu unterziehen;

■ die Naturlandschaften in der Region, wie den Spree- wald, den Muskauer Faltenbogen oder die Lieberoser Heide zu erhalten, zu schützen und zu entwickeln. Wir unterstützen alle Bemühungen, die das Ziel haben, gemeinsam mit vielen Akteuren eine sinnvolle Nach- nutzung des Truppenübungsplatzes Lieberoser Heide umzusetzen.

Wir sind für den Erhalt der Alleen im Landkreis und für das Anlegen neuer Alleen beim Bau von Kreisstraßen.

Die Lausitz und Spree-Neiße-Bober – Region mit Zukunft

Für uns stehen eine vorurteilsfreie Zusammenarbeit mit der Stadt Cottbus, den angrenzenden Landkreisen und mit der Nachbarregion Lubuskie in Polen in Wirtschaft, Kultur, Bildung, Sport, Gesundheit, Nahverkehr, Wohnen und Tourismus im Mittelpunkt.

Das heißt für uns,

■ eine abgestimmte Infrastrukturentwicklung innerhalb der Regionalen Planungsgemeinschaft und in der Euro- region Spree-Neiße-Bober einzufordern;

■ die Euroregion Spree-Neiße-Bober für einen zielge- richteten Ausbau von Partnerschaftsbeziehungen und Wirtschaftskontakten zu nutzen und nach dem Beitritt der Republik Polen zur EU die Fördermöglichkeiten der EU effektiv auszuschöpfen;

■ eine gemeinsame Strategie zum Erhalt der kultu- rellen Einrichtungen in der Region zu verfolgen, von

der Hochkultur über die Kleinkunst bis zur Herausgabe eines gemeinsamen Kulturkalenders. Das Staatstheater Cottbus ist auch für den Spree-Neiße-Kreis ein unverzichtbarer Teil der Kulturlandschaft in der Region;

■ die Diskrepanzen auf dem Weg zu einem gemeinsamen regionalen Tourismusmarketing im Landkreis und mit der Stadt Cottbus zu überwinden und mit den verschiedenen Angeboten die Region attraktiver und werbewirksamer national und international zu präsentieren, um den Tourismus als Wirtschaftsfaktor für die Region zu stärken;

■ eine Regionalplanung in der Regionalen Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald zu fordern, die die Potenziale für die Nutzung Erneuerbarer Energien erfasst und für Investoren sowie Bürgerinnen und Bürger Planungssicherheit schafft. Wir sind für die Nutzung und den Ausbau Erneuerbarer Energien in dem Umfang, wie dies die natürlichen und räumlichen Ressourcen der Region ermöglichen.

Demokratie und Mitbestimmung

Noch viel zu oft erleben Bürgerinnen und Bürger den „Weg zum Amt“ in Verbindung mit Frust, Ärger oder dem Gefühl, nicht erwünscht oder nicht verstanden zu werden. Häufig sind Entscheidungen der Verwaltung für den Betroffenen nicht nachvollziehbar. Aber in den Städten, Gemeinden und im Landkreis sind die demokratischen Rechte der Bürgerinnen und Bürgern ein hohes Gut, das nicht beschnitten werden darf.

Das heißt für uns,

■ auf einer transparenten und bürgernahen Arbeitsweise der Verwaltung zu bestehen und auf Transparenz in unserem eigenen Tun als Abgeordnete zu achten;

■ Einwohner frühzeitig und umfassend in die kommunalen Entscheidungsprozesse einzubeziehen, dafür die geeigneten Formen zu suchen, auch Neues auszuprobieren wie zum Beispiel die öffentliche Diskussion über den kommunalen Haushalt nach dem Beispiel von Porto Allegre, Berlin-Lichtenberg und vielen anderen Städten in Deutschland (Bürgerhaushalt);

■ die Arbeit von Fachbeiräten zur Begleitung und Qualifizierung von Verwaltungsentscheidungen auszubauen und für deren Akzeptanz sowohl unter Abgeordneten als auch bei der Verwaltung zu werben;

■ dass sich die Verwaltung zunehmend als Dienstleister für die Bürger entwickelt, Bürgeranliegen qualifiziert und zeitnah bearbeitet werden. Dazu gehört neben der fachlichen Qualifikation auch die Befähigung zu sozialer Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entsprechend ihres Aufgabenfeldes;

■ dass die „virtuelle“ Verwaltung weiter zu einem breiten Angebot für die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises ausgebaut wird, durch die für die Antragsteller Zeit und Wege eingespart werden;

■ auch in Zukunft die Höhe der Kreisumlage daran zu messen, wie sich die Leistungen des Kreises für Städte und Gemeinden, für Bürgerinnen und Bürger entwickeln. Kreis und Gemeinden bilden eine Solidargemeinschaft, in der Geben und Nehmen für alle Seiten transparent und nachvollziehbar sein müssen.

Für Toleranz und gegen Rechtsextremismus

Das Zusammenleben der Menschen in unserem Kreis soll auf Toleranz, Weltoffenheit und Solidarität aufbauen. Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sind Angriffe auf die Demokratie, die wir nicht akzeptieren.

Das heißt für uns,

■ gemeinsame Kultur- und Tourismusprojekte mit unseren polnischen Nachbarn und völkerverbindende Aktivitäten in unserem Kreis zu unterstützen;

■ nicht wegzuschauen, wenn rechtsextreme und fremdenfeindliche Aktionen das friedliche Zusammenleben der Menschen in unserem Kreis stören. Wir sind präsent, wo es erforderlich ist und vertreten öffentlich unsere Position.

Im politischen Handeln mit allen Parteien, Vereinen und Menschen, die sich für diesen Weg entscheiden, wollen wir klare Zeichen setzen.

Nehmen Sie uns beim Wort.

Schenken Sie uns Ihr Vertrauen.

Geben Sie uns Ihre Stimme!

Ihre Kandidatinnen und Kandidaten der Partei DIE LINKE für den Kreistag Spree-Neiße